



GuntherKrichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten
für Pforzheim und den Enzkreis

Die Stabilitätsunion wird kommen!

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in einer Regierungserklärung am Freitag ihre Ziele für das kommende Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs am 8. und 9.12.2011 benannt. Sie betonte dabei, dass Europa jetzt ein zusammenhängendes Konzept von Solidarität, Eigenverantwortung und zukunftsweisender Reform der Europäischen Union brauche. Nur wenn wir in Zukunft die Stabilitätskriterien über den Europäischen Gerichtshof und die europäischen Institutionen durchsetzen, können wir das Vertrauen der Anleger und der Finanzmärkte in die dauerhafte Stabilität der Euro-Zone zurückgewinnen.

Deswegen wird Deutschland beim Europäischen Rat am 9. Dezember gemeinsam mit Frankreich dafür werben, dass die Europäische Union schnellstmöglich die notwendigen Voraussetzungen schafft, um EU-Haushaltssünder stärker als bisher zur Rechenschaft zu ziehen. Die Bundesregierung und die Unionsfraktion werden weiterhin der europäischen Öffentlichkeit verdeutlichen, dass die gegenwärtige schwierige Lage der Euro-Zone nicht etwa daran liegt, dass die Europäische Zentralbank keine unbegrenzte Staatsfinanzierung betreibt oder dass es keine Eurobonds gibt, mit denen die Schulden vergemeinschaftet würden. Vielmehr werden wir unablässig klarmachen, dass das Problem in der übermäßigen Staatsverschuldung und der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit einzelner Länder der Euro-Zone sowie in grundlegenden Konstruktionsmängeln der Wirtschafts- und Währungsunion liegt.

Würden jetzt Euro-Bonds eingeführt – und damit eine gemeinschaftliche Haftung für die Schulden – würde dies die Krise nicht beenden, sondern vielmehr zu noch mehr Schulden führen. Daher hat die Bundeskanzlerin noch einmal betont, dass Euro-Bonds frühestens dann möglich sind, wenn die EU zu einer echten Fiskalunion geworden und jedes Land zu

einer soliden Haushaltspolitik zurückgekehrt ist. Aktuell stelle sich diese Frage nicht.

Die Bundeskanzlerin unterstrich, dass Europa nicht nur unter einer Staatsschuldenkrise leide, sondern vor allem auch unter einer Vertrauenskrise. Dabei gestand sie die große Verantwortung der Politik hierfür ein. Und sie zog daraus die Konsequenz, dass es jetzt Aufgabe der Politik sei, neues Vertrauen aufzubauen, um langfristig zu einer Stabilisierung des Euro zu kommen. Neues Vertrauen brauche aber entschiedenes Handeln, um Dinge zu korrigieren, die bei der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion übersehen oder versäumt wurden. Angela Merkel hat dabei drei Dinge sehr deutlich klargestellt. Erstens: Europa braucht bei der nationalen Haushaltspolitik klare Regeln, an die sich alle Mitgliedstaaten halten. Zweitens: Diese Regeln müssen überprüft werden und Trickereien, wie sie leider in Griechenland an der Tagesordnung waren, müssen verhindert werden. Drittens: Wir brauchen automatische Konsequenzen für den Fall, dass die selbst eingegangenen Verpflichtungen nicht eingehalten werden.

Deshalb muss nun die Vertragsänderung schnell vonstatten gehen, damit sie als Signal der Entschlossenheit der EU wahrgenommen wird. Die Kanzlerin schlug dafür einklagbare „Durchgriffsrechte“ mindestens für die Euro-Zone vor, damit die Verletzung von Stabilitätsregeln künftig geahndet werden kann. Dieser Weg kann aber nicht allein beschritten werden, sondern nur gemeinsam mit unseren Partnern in der Euro-Zone und in der gesamten EU. Neue Verträge innerhalb der Euro-Zone seien nur die zweitbeste Lösung, da sonst eine Spaltung der EU drohe. Daher sei jeder EU-Staat eingeladen, sich an den neuen, schärferen Regeln zu beteiligen. Ausdrücklich erwähnte die Kanzlerin Polen, das bereits am Euro-Plus-Pakt teilnimmt und auch großes Interesse an der kommenden Fiskalunion gezeigt hat.

Rückruf des deutschen Botschafters aus dem Iran nach Angriffen auf britische Botschaft

Nach dem Angriff iranischer Demonstranten auf die britische Botschaft in der iranischen Hauptstadt Teheran hat Bundesaußenminister Guido Westerwelle den deutschen Botschafter aus Teheran zu Konsultationen nach Berlin zurückgerufen. Mit dem Rückruf des deutschen Botschafters sendet die Bundesregierung ein klares Signal an die iranische Regierung, dass die Gewalt gegen unsere britischen Freunde vollkommen inakzeptabel ist. Die iranische Regierung hat damit die völkerrechtliche Verpflichtung missachtet, Übergriffe auf diplomatische Vertretungen unter allen Umständen zu verhindern. Diesem Rechtsbruch des iranischen Regimes mussten deutliche Schritte folgen. Zudem müssen auch die Sanktionen gegen den Iran wegen seines Atomwaffenprogramms überdacht werden. Der neueste Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde zeigt deutliche Hinweise, dass das iranische Regime das Ziel verfolgt, sich atomar zu bewaffnen. Eine iranische Bombe wäre eine Katastrophe und ihrer Entwicklung müssen wir mit allen Mitteln entgegenzutreten. Dabei brauchen wir jetzt eine härtere Gangart in der Diplomatie und ein verschärftes Sanktionsregime gegen den Iran.

Konjunktur: Optimismus überwiegt

Trotz Finanz- und Staatsschuldenkrise rechnen die deutschen Unternehmen nicht mit einer Rezession. Eine Mehrheit der Unternehmen geht davon aus, dass ihre Geschäfte im kommenden Jahr stabil verlaufen werden. 31% rechnen sogar mit einem Produktionszuwachs. Nur 19% der befragten Betriebe gehen von einer Produktionsabnahme aus. Derzeit schätzen 46% der Firmen ihre wirtschaftliche Situation besser ein als 2010. Lediglich 15% Prozent bewerten ihre Lage schlechter. Der Rest der Befragten kann keine Veränderungen feststellen. Bei den Exporten gehen 24% der Betriebe von einer Zunahme ihrer Ausfuhren und 13% von einer Abnahme aus. Rund 60% der befragten Unternehmen rechnen mit einer stabilen Beschäftigungslage im Jahr 2012. Fast jeder vierte Betrieb plant die Zahl seiner Mitarbeiter im nächsten Jahr zu erhöhen; nur jedes siebte Unternehmen geht von einem Stellenabbau aus.

Mediation wird umfassend gefördert

Der Rechtsausschuss des Bundestages hat das neue Mediationsgesetz beschlossen, das die Streitkultur in

Deutschland verändern soll. Das Mediationsgesetz ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer neuen Streitkultur in Deutschland. Mit Hilfe von Mediatoren können Parteien ihre Konflikte auf der Basis von Freiwilligkeit und gegenseitigem Einvernehmen lösen. Dadurch wird vermieden, dass Streitigkeiten bis zum bitteren Ende ausgetragen werden und es oft nur Verlierer gibt. Die Parteien ersparen sich zudem zeit- und kostenintensive Gerichtsverfahren. Mediation nützt damit auch den staatlichen Gerichten, die sich auf die nicht einvernehmlich lösbaren Rechtsstreitigkeiten konzentrieren können. Auf Initiative der Union wurden gesetzliche Standards für die Aus- und Fortbildung von Mediatoren im Gesetz verankert. Damit haben Verbraucher und Rechtsschutzversicherer künftig verlässliche Anhaltspunkte dafür, wer als Mediator die Gewähr für eine fachgerechte Ausübung der Tätigkeit bietet.

Geldwäschebekämpfung wird verschärft, Bürokratie abgebaut

Die Koalition hat am Mittwoch im Finanzausschuss das Gesetz zur Optimierung der Geldwäscheprävention beschlossen. Mit dem Vorhaben, mit dem internationale Standards zur Geldwäschebekämpfung umgesetzt werden, ist ein wichtiger Schritt, um den Wirtschaftsstandort Deutschland integer zu halten. Die vorhandenen gesetzlichen Regelungen werden verschärft, in dem insbesondere die Sorgfaltspflichten der Industrie und der freien Berufe ergänzt werden. In wesentlichen Punkten haben die Koalitionsfraktionen den Regierungsentwurf noch nachgebessert, um Bürokratie zu vermeiden. So war ursprünglich vorgesehen, dass gewerbliche Güterhändler und freie Berufe bei mehr als neun Beschäftigten zwingend einen Geldwäschebeauftragten zu verpflichten haben. Dies ging deutlich zu weit. Wir haben stattdessen festgelegt, dass im Normalfall keine Verpflichtung zur Bestellung besteht. Die Aufsichtsbehörde ist aber im begründeten Einzelfall dazu befugt, die Bestellung eines Geldwäschebeauftragten zu verlangen. Des Weiteren wurde beim Vertrieb von Prepaid-Karten an Kiosken, Tankstellen oder in Supermärkten eine Bagatellgrenze eingezogen. Nach den bisherigen Plänen hätte jeder Kunde identifiziert werden müssen, was kaum praktikabel ist. Künftig gilt daher: Wenn das Guthaben der Karten 100 Euro oder weniger beträgt, ist eine Identifizierung nicht erforderlich.